

Das HiBs-Team informiert: Forum Peine – Veranstaltung zur Zukunft der Pflege und der Pflegekammer

Die Landespflegekammer wird derzeit, insbesondere aufgrund der Zwangsmitgliedschaft, heftig kritisiert. Deshalb hat der CDU-Kreisverband Peine, mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Christoph Plett an der Spitze, am 4. Februar die Präsidentin der Niedersächsischen Landespflegekammer, Sandra Mehmecke, zu einer öffentlichen Diskussionsrunde eingeladen – und diese bekam mächtig Gegenwind von den mehr als 200 Gästen im Peiner Forum.



In seiner Begrüßung betonte der Peiner CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Christoph Plett zwar den Vorteil einer starken Vertretung der Pflegekräfte, jedoch stiftete die im Jahr 2017 unter der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene Landespflegekammer in ihrem Vorgehen bislang nur Unmut. Bezüglich der vor Weihnachten versandten und mit hohen Beitragsforderungen versehenen Beitragsbescheide, die eine Menge Kritik auslösten, gab die Kammerpräsidentin zu, dass der Versand der Gebührenbescheide sehr unglücklich abgelaufen sei und bat um Verständnis für die Startschwierigkeiten. In der anschließenden Fragerunde begründete sie die seitens der Pflegekräfte heftig kritisierte Zwangsmitgliedschaft mit der Befürchtung einer zu geringen Mitgliederquote bei freiwilliger Mitgliedschaft und einer damit einhergehenden fehlenden Durchschlagskraft. Plett machte deutlich, dass er die Entwicklungen rund um die Pflegekammer äußerst skeptisch sieht und betont: „Die CDU-Landtagsfraktion hat sich immer gegen die Einführung gerichtet, zumal sich hier abhängig Beschäftigte – vollkommen systemfremd – in einer Kammer zusammenschließen müssen.“ Die verpflichtende Mitgliedschaft solle durch ein freiwilliges Modell ersetzt werden. Daher fordert der Politiker die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Überprüfung der Pflegekammer und eine direkte Beteiligung

der Pflegekräfte. „Im Endeffekt muss den Pflegekräften geholfen werden, das steht an erster Stelle“, so Plett.

Wirtschaft und Menschenrechte fördern: Thomas Ehbrecht tauscht sich mit südafrikanischer Anwältin aus

Der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht empfing am 17. Januar die südafrikanische Menschenrechtsanwältin Akhona Mehlo im Niedersächsischen Landtag. Die Anwältin war zu Gast beim Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN) und reiste durch Niedersachsen, um für mehr Unternehmensverantwortung zu werben. Bei dem Treffen ging es u.a. darum, wie Unternehmenstätigkeiten durch die Einhaltung von Menschenrechten gestärkt werden können.



Akhona Mehlo wirbt für ein globales Abkommen – den sogenannten UN-Treaty für Wirtschaft und

Menschenrechte. Das Abkommen sieht vor, weltweit einheitliche und verbindliche Regelungen für Unternehmen und Menschenrechte festzulegen. Mit dem UN-Treaty soll ein internationaler verbindlicher Vertrag erarbeitet werden, der für alle Länder dieselben Regeln aufstellen würde. Denn, wenn gleiche Regeln für alle gelten würden, wäre die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards kein Nachteil mehr im internationalen Wettbewerb.

Darüber hinaus setzt sich Mehlo für die Rechte von Frauen ein, die für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen bei dem Platinabbau in der südafrikanischen Bergbauregion Marikana kämpfen. Das südafrikanische Platin wird u.a. bei der Produktion von Katalysatoren in Niedersachsen verwendet. Dazu erklärt der Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht, der zudem selbst Unternehmer ist: „Es ist wichtig, den Dialog mit Unternehmen in Niedersachsen zu führen, wie sie ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht gerecht werden können“.

Förderung von Sportstätten-Sanierung: Infoabend in Königsutter

Zu einem Infoabend in Königsutter mit Sebastian Lechner MdL kamen am 30.01. zahlreiche Sportvereinsvorsitzende, für Sportförderung zuständige Verwaltungsmitarbeiter, Kommunalpolitiker und

interessierte Sportler, darunter auch Vertreter mehrerer Sportvereine aus Königslutter.



Die Gäste konnten aus dem Impulsvortrag vom innenpolitischen Sprecher aus Hannover und von Landrat Gerhard Radeck Informationen zum neuen Sportförderprogramm des Landkreises Helmstedt aus erster Hand mitnehmen. Als Sportvereinsvorsitzender legte Stefan Thiele die praktischen Probleme von Sportvereinen dar, wie zum Beispiel die Frage, wie man an die Fördermittel kommt und wie sich der Vereinsvorstand auf die Sanierung vorbereitet. Er habe sich dazu bekannt, dass Sportförderung von Kommune und Sportvereinen Hand in Hand gehen müsse, um bedarfsgerechte Bedingungen für Sporttreibende zu schaffen. Thiele ist Kandidat der CDU für die Bürgermeisterwahl am 26. Mai 2019 in Königslutter.

Wie der Vorsitzende Jürgen Nitsche anschließend ausführte, sei die Beratung von Sportvereinen bei

der Antragstellung für Fördermittel das tägliche Geschäft des Kreissportbundes Helmstedt. Er freue sich, dass die Förderkriterien von Land und Landkreis identisch seien, so dass die Anträge nur einmal geprüft werden müssten. Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass dem KSB eine wichtige Rolle bei der Priorisierung der Förderanträge zukommt. Gemeinsam verfolgen Landkreis und Kreissportbund Helmstedt das Ziel, den aufgelaufenen Investitionsstau in den nächsten Jahren spürbar abzubauen. Da kommen die zusätzlichen Mittel vom Land, über die Sebastian Lechner und Veronika Koch informierten, gerade richtig.

Oesterhelweg und Lagosky in Fachauschüsse berufen

Für den Bereich „Äußere Sicherheit“ wird sich demnach der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg in Berlin engagieren. Der Landtagsvizepräsident, ehemaliger Wehrdienstleistender und Panzeraufklärer in Braunschweig, hat die fraktionsübergreifende Reservisten-Arbeitsgemeinschaft im Niedersächsischen Landtag mitbegründet und ist deren Vorsitzender. Oesterhelweg erklärt: „Die sicherheitspolitische Lage ist sehr ernst, Konflikte nehmen weltweit zu und werden immer unkalkulierbarer, deshalb müssen wir endlich wieder mehr für unsere Sicherheit und die Landesverteidigung tun. Unsere Soldatinnen und

Soldaten halten für uns den Kopf hin und verdienen unsere volle Unterstützung. Die jahrelange Vernachlässigung unserer Streitkräfte muss ein Ende haben, dafür werde ich mich mit Nachdruck einsetzen.“



Uwe Lagosky, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, wird dem Bundesfachausschuss „Soziale Sicherung und Arbeitswelt“ angehören. Lagosky ist Vorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft in der Region Braunschweig und ein anerkannter Experte für Arbeitnehmerfragen sowie langjähriger Betriebsrat. „Meine Freude ist groß über die Berufung in den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt der CDU. Damit kann ich anschließen an die Ausschussarbeit der letzten Jahre und werde wieder an den sozialpolitischen Zielsetzungen der CDU mitwirken können. Die Arbeitswelt verändert sich rasant, die Digitalisierung, Robotik und künstliche

Intelligenz sind dabei die Treiber. Diese Veränderungen für die Wirtschaft zu nutzen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen, ist die Aufgabe“, so Uwe Lagosky.

Diese Expertengremien bereiten wichtige inhaltliche Beschlüsse und Initiativen der Christdemokraten vor und wirken unter anderem auch hinsichtlich des Grundsatzprogramms oder neuer Wahlprogramme mit.

Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

Die beliebte Veranstaltungsreihe „Landtagsstammtisch“ von Uwe Schünemann fand zu Beginn dieses Jahres im Urpils-Keller der Brauerei Allersheim statt. Zu Beginn stellte der Landtagsabgeordnete die Schwerpunkte des Januar-Plenums vor. Von besonderem Interesse war ein Antrag zur Zukunft der Berufsbildenden Schulen, bei dem es um die Absicherung eines festen Budgets zur Anstellung von Honorarkräften geht. Vertreter der Kreishandwerkerschaft Holzminden äußerten ihren Unmut über die Folgen einer geplanten Schulgesetznovelle, der zufolge die bislang mögliche Beschulung unter sieben Schüler ausgeschlossen werde. Davon wären die meisten Schulen an der BBS Holzminden betroffen. Dies hätte

zur Folge, dass Maurer, Maler, Dachdecker, Tischler und Bäcker nicht mehr betriebsnah geschult werden könnten. Uwe Schönemann, der während der CDU/FDP-Regierungszeit persönlich zu der Zulassung kleiner Klassen beigetragen hatte, hat bereits, gemeinsam mit seiner CDU-Landtagskollegin Mareike Wulf, durch rechtzeitige Intervention beim Kultusministerium dafür gesorgt, dass die Situation abgewendet werden konnte.



Ein weiteres Thema des Abends war die nach Meinung der CDU-Landtagsfraktion nicht sachorientierte Debatte um Fahrverbote aufgrund der Stickoxid-Problematik. Hier sei eine wissenschaftlich fundierte Studie zu der Gesundheitsgefährdung durch Dieselfahrzeuge und eine ganzheitliche Umweltbetrachtung erforderlich. Die Anwesenden plädierten für „Innovation statt Verbotskultur“. Darüber hinaus wurde über die Sinnhaftigkeit der Pflegekammer in Niedersachsen gesprochen.

„Die CDU hat stets gegen die Pflegekammer gestimmt und nun beim Koalitionspartner eine zeitnahe Evaluierung durchgesetzt“, versichert Uwe Schönemann. Auch Themen der heimischen Kommunalpolitik kamen nicht zu kurz, sodass der Stammtisch den über 30 Teilnehmer*innen insgesamt viel zu bieten hatte.

Laura Rebuschat zum Thema „Frauen in Parlament und Partei“

Die CDU-Landtagsabgeordnete Laura Rebuschat wünscht sich mehr Frauen in der Politik. In einem Interview mit der *HAZ* erklärt die Politikerin, was dem im Weg steht. Mit 18 Prozent ist der Frauenanteil in der CDU niedriger als im Durchschnitt (27 Prozent). Unter den 50 CDU-Landtagsabgeordneten befinden sich nur neun Frauen. Dies sei laut Rebuschat durchaus verbesserungswürdig, allerdings betont sie auch, dass dies ein Problem sei, welches alle Parteien hätten, nicht bloß die CDU. Es fange schon bei der Parteibasis an. Der Frauenanteil in den Gemeinde- und Kreisverbänden liege in der Regel bei nur 25 Prozent, mit leichten regionalen Unterschieden. Die Landtagsabgeordnete sieht den Grund dafür, dass nur so wenig Frauen und junge Menschen in der Politik tätig sind, in der Organisation der Parteien. Als eher konservative Partei setze die CDU viel auf Erfah-

rung – gerade was das Besetzen von Ämtern anbelange. Die CDU habe eine klare Hierarchie, die traditionell männlich geprägt sei, weshalb sich die Abgeordnete „mehr Mut zu Neuem“ wünscht. Wobei sie an dieser Stelle noch einmal betont, dass in dieser Hinsicht auch bei anderen Parteien Nachholbedarf bestehe. Laura Rebuschat hält es für notwendig, dass mehr Frauen in die Parlamente kommen, weil ein Team, je gemischerter es sei, umso bessere Ergebnisse erziele. Dies gelte auch für ein Parlament. In der Politik gebe es jedoch leider noch zu wenig Führungskräfte, die erkennen, wie wichtig das Element Vielfalt ist. Auf der anderen Seite gibt die Abgeordnete allerdings auch zu verstehen, dass Frauen sich mehr zutrauen und sich nicht so sehr infrage stellen sollten. Die Landtagsabgeordnete macht deutlich, dass Frauen lernen müssen zu sagen: „Ich will da rein“. Dazu gehöre, dass die Frauen zunehmend selbstbewusst auftreten und sich auch den Konflikten mit männlichen Mitbewerbern stellen. „Man muss als Frau bereit sein, sich etwas zu nehmen und nicht darauf warten, dass man es geschenkt bekommt“, so die Abgeordnete. Von Quoten halte sie nichts, weil durch diese nur der Rechtfertigungsdruck steige und es dadurch nur noch mehr heiße, „die Frau habe diese Kandidatur oder jenes Amt nur bekommen, weil sie eine Frau sei“. Die Politikerin setzt auf Freiwilligkeit, Zwang komme

für sie nicht in Frage, da er ihrem Demokratieverständnis widerspreche. Selbst, wenn ein Paritätsgesetz in Niedersachsen kommen sollte, wogegen sich die Abgeordnete deutlich ausspricht, lenke es nur von den eigentlichen Problemen ab, die es für die Frauen unattraktiv machen, in die Politik zu gehen: Die im Alltag zu erlebende Ungleichheit, den größeren Rechtfertigungsdruck. Die tatsächlichen Probleme würden in der gesellschaftlichen und politischen Kultur liegen und es sei weiterhin wichtig, dass die Parteiführung erkennt, dass Vielfalt ein wichtiges Element ist.



Teilhabe, mitmachen und laut sein! – Schatta eröffnet frauenORTE-Ausstellung in Braunschweig

Zur Eröffnung der Wanderausstellung „frauenORTE Niedersachsen – Über 1000 Jahre Frauen-

geschichte“ war der Braunschweiger Landtagsabgeordnete Oliver Schatta als Redner eingeladen. Er würdigte das Projekt des Landesfrauenrates Niedersachsen und besonders die Braunschweigerin Dr. Birgit Pohl, auf deren Initiative hin die Wanderausstellung nach Braunschweig gekommen ist. Der Landtagsabgeordnete brachte eine klare Botschaft mit: „Teilhabe, mitmachen und laut sein.“ Auch Frauen müssen sich in Parteien engagieren, so kann mehr gemeinsam erreicht werden.



Eröffnet wurde die Ausstellung durch die Vorsitzende des Landesfrauenrates Niedersachsen, Marion Övermöhle-Mühlbach. Grußworte übermittelten die Braunschweiger Bürgermeisterin Anke Kaphammel und die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Braunschweig, Marion Lenz. Besonders

herausgestellt wurden dabei folgende zwei Braunschweiger frauenORTE: Die Schriftstellerin, Historikerin und Europäerin Ricarda Huch und die Volkskommissarin für Volksbildung der Sozialistischen Republik Braunschweig und Widerstandskämpferin Minna Faßhauer.

„frauenORTE Niedersachsen – Über 1000 Jahre Frauengeschichte“ präsentiert Frauengeschichte und Frauenkultur in einem Zeitraum von über 1000 Jahren mit dem historisch begründeten Schwerpunkt vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Mit der Ausstellung bietet der Landesfrauenrat in der Aktionspalette der frauenORTE Niedersachsen einen weiteren wichtigen Baustein der Öffentlichkeitsarbeit an, um das frauengeschichtliche Anliegen einem breiten Publikum näher zu bringen.

Die Ausstellung stellt 35 historische Frauenpersönlichkeiten (Stand 2018) vor, die in der Initiative frauenORTE Niedersachsen seit 2008 gewürdigt werden. Die Ausstellung zeigt, wie sich die zeitgenössische Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft entwickelt hat und stellt einen aktuellen Bezug her. Sie erzählt von den Leistungen der Frauen, die sie auf politischem, kulturellem, sozialem, wirtschaftlichen und / oder wissenschaftlichem Gebiet vollbracht haben. (Quelle: www.frauenorte-niedersachsen.de).

CDU-Landtagsabgeordnete fordern Sicherheit für die BLSK

Trotz der „erst einmal beruhigenden Nachrichten aus Hannover in Sachen Braunschweigische Landessparkasse (BLSK) bleiben wir hier weiter aktiv am Ball“, so der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg nach einem Gespräch, dass er an der Seite seiner Kollegen Christoph Plett, Veronika Koch und Oliver Schatta mit Finanzminister Reinhold Hilbers und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althausmann im Niedersächsischen Landtag geführt hat.



Diese Frage dürfe auch zukünftig nicht zum Spielfeld parteipolitischer Interessen werden. Die politische Verantwortung in der Vergangenheit und für die Zukunft sei breit gestreut. Ausdrücklich bedankten sich Koch, Oesterhelweg, Plett und Schatta bei Finanzminister Hilbers, „der in den

vergangenen Wochen rund um die Uhr aktiv war, um für die Nord/LB und damit auch die BLSK tragfähige Lösungen zu erarbeiten“.

Die vier Abgeordneten sind fest entschlossen: „Wir fordern Sicherheit und belastbare Garantien für die Braunschweigische Landessparkasse und wollen in absehbarer Zeit die Eigenständigkeit, das heißt die Herauslösung aus der Nord/LB. Dabei ist eine Lösung im öffentlich-rechtlichen Sektor unter größtmöglicher Trägerschaft der kommunalen Gebietskörperschaften wichtig.“ Bei einer Herauslösung sei eine Summe im mittleren dreistelligen Millionenbereich erforderlich, denn die BLSK – bisher unter dem Dach der Nord/LB – verfüge weder über Eigenkapital noch eine eigene EDV. Die Kommunen alleine könnten diese Summen nicht aufbringen. Da nach Paragraph 13 des Staatsvertrages zur Nord/LB die Übertragung an die Kommunen möglich und dabei ausdrücklich „angemessene Hilfe“ der Träger erwähnt sei, sehen die CDU-Abgeordneten auch diese in der Pflicht. Ebenso sei die Unterstützung durch den Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband unerlässlich. Schließlich sei das Land Braunschweig in Niedersachsen aufgegangen, die Braunschweiger Staatsbank in der Nord/LB, wodurch den regionalen Kommunen seit vielen Jahren eigene Sparkassen und entsprechende Vorteile wie Dividenden entgangen seien.

Veranstaltung der KAS: „Grenzen der Toleranz in einer wehrhaften Demokratie“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit ihrer Veranstaltung „Grenzen der Toleranz in einer wehrhaften Demokratie“, die am 13. Februar in der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel stattfand, ein neues Format in Form eines interkulturellen Forums vorgestellt. Über 200 Teilnehmer waren der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung gefolgt. Am Wirkungsort Lessings begrüßte der Direktor der Herzog August Bibliothek, Prof. Dr. Peter Burschel, die Zuhörer mit dem Hinweis auf „Nathan den Weisen“ mit seinem Plädoyer für Toleranz und Humanität.



Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg moderierte die Diskussion über aktuelle und zukünftige Implikationen zur Verteidigung und Gestaltung unseres demokratischen Rechtsstaates und

unserer freiheitlichen Gesellschaft mit Angehörigen der drei großen Religionen: Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Niedersachsen, Dr. Yazid Shammout, Vorsitzender der palästinensischen Gemeinde Deutschland – Hannover e.V. und Dr. Burkhard Budde, Pfarrer, Publizist und Autor. Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg machte deutlich, dass er für eine „wehrhafte Demokratie“ eintritt, die Grenzen der Toleranz kennt. Auch für Christoph Bors, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Niedersachsen, ist „gelebte Toleranz“ im Geiste der Aufklärung in einer wehrhaften Demokratie möglich und nötig. Insgesamt beteiligten sich die Teilnehmer rege an der nachfolgenden Diskussion. Am Ende herrschte Einigkeit darüber, dass es keine Parallel-Gesellschaften geben darf und dass das Erlernen und Anwenden der Deutschen Sprache eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Integration ist. Dazu gehört ebenso die Anerkennung des Grundgesetzes und der Grundsatz, dass die weltlichen über den religiösen Gesetzen stehen.

Kohlekommission setzt starkes Signal für die Zukunft im Landkreis Helmstedt

Der CDU-Landesvorstand Braunschweig diskutierte auf seiner zweitägigen Klausurtagung auf

Burg Warberg mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und dem Helmstedter Landrat Gerhard Radeck unter anderem über die Ergebnisse der Kohlekommission des Bundes. Der Landesvorsitzende Frank Oesterhelweg sowie der Landesvorstand begrüßen einhellig die Anerkennung des Helmstedter Reviers als Förderregion. Die Absicht des Bundes, zweistellige Millionenbeträge für diesen Strukturwandel zur Verfügung zu stellen, stellt ein starkes Signal für eine gute Zukunft im Landkreis Helmstedt dar.



Die Landtagsabgeordnete Veronika Koch sagt dazu: „Der Landkreis Helmstedt ist mit dem Helmstedter Regionalmanagement für die Bewältigung des Strukturwandels gut aufgestellt. Einen Revierbeauftragten für die Koordination der Mittelvergabe brauchen wir in der Region nicht.“ In der weiteren Diskussion stellt Dr. Bernd Althusmann

fest, dass neun von zwölf von der Kohlekommission bestätigten Projekte für einen gelingenden Strukturwandel direkt über das Wirtschaftsministerium laufen. Die Einschaltung eines Revierbeauftragten auf Landesebene sei mit ihm nicht abgestimmt. Er halte die Benennung nicht für erforderlich, sondern wegen der Schaffung von Doppelstrukturen eher für hinderlich. Die Vorstandsmitglieder des CDU-Landesverbandes Braunschweig sind sich einig, dass die Stärkung des Landkreises Helmstedt zugleich eine Stärkung der gesamten Braunschweiger Region bedeutet.

Aktuelles aus dem Februar-Plenum

Plett: Spitzenforschung ist in Niedersachsen zu Hause

Die erfolgreiche Teilnahme niedersächsischer Universitäten an der Exzellenzstrategie des Bundes wird die Forschungsleistungen in den Zukunftsbranchen weiter beflügeln. Der Landtagsabgeordnete Christoph Plett sieht insbesondere für die forschungsintensivste Region Europas gute Perspektiven für die kommenden Jahre: „Die ausgezeichneten Cluster stehen nicht nur für eine spannende Forschung, sie bereichern auch solche Branchen, die für die wirtschaftliche Zukunft Niedersachsens entscheidend sein werden.“ Dies gelte beispielsweise für innovative Mobilität oder eine neue präzise Messtechnik.



Braunschweig haben sich diesen Titel redlich verdient. Der 19. Juli sollte daher ein guter Tag für Niedersachsen werden“, ist Plett überzeugt.

#Fridaysforfuture



Aus Sicht der Koalitionsfraktionen müsse nun auch die Verwertung niedersächsischer Spitzenforschung besser gelingen. „Was hilft uns die beste Idee, wenn das daraus resultierende Produkt in den USA oder in Fernost entsteht“, betonte Plett. „Mit einer besseren Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Start-up-Zentren kann die Nutzung anwendungsorientierter Forschung spürbar verbessert werden.“ Zu begrüßen wäre es, wenn die Hochschulen die Impulse der Exzellenzinitiative nutzen würden, um ihre Kompetenzen insbesondere in den Zukunftsfeldern weiter zu schärfen. Die Teilnahme an weiteren Auswahlwettbewerben auf nationaler und internationaler Ebene kann hierzu wichtige Erkenntnisse liefern. Zunächst gehe es aber um eine erfolgreiche Bewerbung um den Titel als Exzellenzinitiative: „MHH, Leibniz-Universität und TU

„Die Wahrheit ist nämlich, dass wir es uns als Gesellschaft in der Frage des Klimaschutzes nicht einfach machen können“, betonte die CDU-Landtagsabgeordnete Laura Rebuschat in ihrer Rede im vergangenen Landtagsplenum. Für die CDU sei „die Verantwortung für unsere Erde, wie wir sie alle kennen und die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung für nachkommende Generationen eine der wesentlichen Fragen überhaupt auf der politischen Agenda“. Deshalb begrüße die Politikerin zunächst einmal, dass zum Teil sehr junge Schülerinnen und Schüler ein so großes Interesse für den Klimaschutz und die Umwelt zeigen. Es sei positiv zu bewerten, dass junge Menschen ihr politisches Engagement entdecken. Dennoch macht

die Abgeordnete deutlich: „Unterrichtschwänzen kann ich natürlich trotzdem nicht gutheißen.“

Klimaschutz und Umweltpolitik seien zutiefst komplexe Unterfangen, deshalb müsse es im Interesse aller Menschen sein, die Erderwärmung abzubremsten und mittelfristig zu stoppen, weil jeder Mensch auf diesem Planeten davon berührt ist. Darum gelte es laut der Abgeordneten „eine zuverlässige Energieversorgung ohne Stromausfälle zu gewährleisten, wenn die Kernkraftwerke vom Netz gehen“. Zudem gelte es, „erneuerbare Energien zu fördern und trotzdem unsere Energiequellen so sorgfältig und umsichtig zu transformieren, dass in der Privatwirtschaft auch noch Geld für die Forschung und die Entwicklung kreativer, innovativer und klimafreundlicher Technologien bleibt.“ Ebenso gelte es, „in der Versorgung mit Energie, unabhängiger von kritikwürdigen Regimen zu werden.“ Dementsprechend wichtig sei es, die Diskussion um den Ausgleich konkurrierender Interessen in der Gesellschaft anzuleiten und voranzutreiben. Dies sei Kernaufgabe der Politik, denn nur so könnten Fortschritte und echte Lösungen erzielt werden. Es gehe um mühevollen Kleinarbeit in der Diskussion und deshalb wünscht sich die Landtagsabgeordnete in Zukunft deutlich mehr junge Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Politik, den demokratischen Parteien und den Parlamenten sowie Unterstützung der Fridays-For-Future-

Anhänger, „denn das könnte wirklich etwas verändern.“

Verringerung der Lebensmittelverschwendung



Zum Thema Lebensmittelverschwendung im Zusammenhang mit ‚Containern‘ sprach die CDU-Landtagsabgeordnete Veronika Koch im vergangenen Plenum. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in ihrem Antrag, das ‚Containern‘, in Rahmen dessen man weggeworfene Lebensmittel aus Abfallcontainern von zumeist Lebensmittelmärkten entwendet, zu entkriminalisieren. Auf diese Weise könne die Lebensmittelverschwendung eingedämmt werden. Die Landtagsabgeordnete hält es jedoch für fragwürdig, ob die Entkriminalisierung von ‚Containern‘ der richtige Weg zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung ist. Vielmehr müsse das Problem beim Schopfe angegangen und dafür gesorgt werden, dass die Vermeidung von Abfällen im Vordergrund steht.



Ausgabe 02/2019

Terminvorschau – eine Auswahl

Di 05.03.2019 | 19:30 | Bodenwerder | Uwe Schünemann

Landtagsstammtisch in der Jugendherberge Bodenwerder

Mi 06.03.2019 | 19:00 | Isingerode | Frank Oesterhelweg

Rede beim Aschermittwochtreffen der CDU: „Wie bitte?!...Gedanken zur Politik in Deutschland“

Fr 08.03.2019 | 15:00 | Hannover | Veronika Koch

Podiumsdiskussion zum Internationalen Frauentag in der Portikushalle des Niedersächsischen Landtages

So 10.03.2019 | 08:30 | Seeburg | Thomas Ehbrecht

Bezirksversammlung Kolping in Seeburg mit Vortrag von Thomas Ehbrecht zum Thema: „Kirche-Wirtschaft-Politik“

Mo 11.03.2019 | 14:00 | Braunschweig | Oliver Schatta

Bürgersprechstunde, Wahlkreisbüro, Gieselerwall 2, 38100 Braunschweig. Anmeldung unter buero@oliver-schatta.de oder 0531 31704678

Do 14.03.2019 | 19:00 | Holzminden | Uwe Schünemann

Podiumsdiskussion: „Braucht die Polizei stärkere Eingriffsmöglichkeiten?“, Marktplatz Schwager in Holzminden

Fr 15.03.2019 | 14:00 | Jerxheim | Veronika Koch

Infonachmittag zum Thema: „Was wir für die Honigbiene tun können?“ mit Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg im Veranstaltungsort Heese 5, Am Heeseberg 5, 38381 Jerxheim. Anmeldung unter buero@veronikakoch.de oder 05351 424619

Mo 18.03.2019 | 19:00 | Schwicheldt | Christoph Plett

Workshop der CDU Schwicheldt zur Digitalisierung. Anmeldung über die CDU-Kreisgeschäftsstelle Peine unter 05171 15033

Di 19.03.2019 | 19:00 | Dettum | Frank Oesterhelweg

CDU-Gesprächsrunde zur Sportstättenförderung mit Sebastian Lechner MdL

Fr 22.03.2019 | 14:30 | Tiftlingerode | Thomas Ehbrecht

Spatenstich für das neue Gemeindezentrum Tiftlingerode mit Ministerin Barbara Otte-Kinast

Mo 25.03.2019 | 09:30 | Peine | Christoph Plett

EU-Projekttag am Ratsgymnasium Peine

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Veronika Koch
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Amelie Sander
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams:

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Rebuschat
Oliver Schatta
Uwe Schünemann